

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

236 (10.10.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Dufensstr. 24. Fernsprecher: 4.—M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.40 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

An die Partei!

Der Parteitag in Weimar liegt hinter uns. Er war eine Heerschau über die stärkste und innerlich geschlossenste Partei der Welt. Er war ein Parteitag harter, fruchtbringender Arbeit im Dienste des Proletariats. Wenn seine Ergebnisse heute noch im Urteil der Partei umstritten sind, so liegt das an den Schwierigkeiten der von ihm behandelten Probleme, die aus den veränderten sozialen und politischen Lebensbedingungen unserer Zeit erwachsen. Klar ist jedoch dies eine, daß der entschlossene Wille, errungene Machtpositionen zu verteidigen und zu erweitern, den Parteitag beherrschte. Alle seine Beschlüsse dienen nur diesem Zweck.

Dem Parteitag zu Weimar ist es gelungen, der Partei ein neues Programm zu geben, das einen jahrzehntelangen Streit der Geister abschließt und den Kämpfen der Gegenwart Wege und Ziele weist. Schon dadurch allein wird der Parteitag von Weimar als der denkwürdigsten und fruchtbarsten einer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fortleben.

Das Weimarer Programm bedeutet keine Abkehr von der großen Vergangenheit der Partei, sondern eine Führung über sie hinaus im Sinne einer dreißigjährigen Entwicklung, ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen. Die demokratische Republik ist nicht mehr erstrebtes Ziel, sondern gewonnenes Gut, das verteidigt und gefestigt werden muß. Dem Sozialismus gilt der Kampf, der nur in langem schwerem Ringen mit geistigen Waffen gewonnen werden kann. Es gilt das Los des schaffenden Volkes zu erleichtern, das politisch befreit, aber durch den Krieg und seine Folgen wirtschaftlich zurückgeworfen ist.

Das Weimarer Programm ist ein erneutes Bekenntnis zu den hohen Menschheitsidealen des sozialistischen Befreiungskampfes. Der Parteivorstand betrachtet es als eine seiner vornehmsten Pflichten, ihm die weitestgehende Auswirkung auf die Massen zu verschaffen, es zum geistigen Gemeingut des ganzen schaffenden Volkes zu machen. Dabei erwartet er die tatkräftige Unterstützung aller Parteigenossen und Parteigenossinnen.

Durch seinen Beschluß zur Frage der Regierungsbildung hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungsfreiheit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung. Konstitutionspolitik treibt sie nur unter dem Zwange der Not, nicht einer der bürgerlichen Parteien zuliebe. Sie ist schon jetzt zur Teilnahme an der Regierung gezwungen, weil sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und zugleich die einzige Partei, die grundständig und geschlossen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht.

Offen hat die Sozialdemokratie in Weimar ihr Banner entrollt, offen hat sie den politischen Gegnern gesagt, was sie in Zukunft zu tun gedenkt. Mit rücksichtsloser Offenheit hat sie vor allem den Arbeitern der Republik erklärt, daß sie den Kampf um Leben und Tod gegen sie aufnehmen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fr. Bartels, Dr. A. Braun, Otto Braun, A. Fischer, D. Frank, D. Geirich, C. Hilgenbrand, Marie Juchacz, Fr. Krüger, Herm. Wolfenbuter, Herm. Müller, W. Paunfuch, Ad. Ritter, Elfride Rynca, F. Schulz, Fr. Stampfer, D. Wels.

Die Entscheidung über Oberschlesien gefallen?

Die besorgniserregenden Nachrichten über die Entscheidung des Völkerbunds bezüglich Oberschlesien kommen noch weiterhin aus Paris und Warschau. Neuerdings wird sogar gemeldet, daß der Oberschlesien-Ausschuß des Völkerbunds die Teilung Oberschlesiens auf Grund der Storzalinie ohne Abänderung zugunsten Polens empfehlen werde. Das würde also den Verlust des Industriegebietes für Deutschland bedeuten. So gefährlich es im Augenblick auch ist, Optimismus zu predigen, so leben wir doch der Hoffnung, daß die vorgenannte angebliche Entscheidung ein neues Machwerk französischer oder polnischer Imitatoren ist; denn wir können schlecht glauben, daß eine Institution, die über Recht und Gerechtigkeit wachen soll, das deutsche Recht auf Oberschlesien derart zu vergeblichen denkt. Gewiß haben wir mit dem Völkerbund und dem Völkerbundsrat in der augenblicklichen Zusammenkunft manche traurigen Erfahrungen erleben müssen. Aber unser Recht auf die ober-schlesischen Landesteile ist derart, daß auch jene Mächte, die heute noch in Warschau starren, dieses Recht nicht unberücksichtigt lassen können.

Neben den beunruhigenden Nachrichten werden gleichfalls Meldungen verbreitet, — und diese scheinen uns zutreffend zu sein —, daß der Völkerbundsrat bezw. die Vierer-Kommission noch keinen Beschluß gefaßt haben. Infolge der verschiedenen Interessenvertretungen, die sich leider in diesem Völkerbundsrat zusammengefunden haben, erfährt die Lösung des ober-schlesischen Problems genau dieselben Schwierigkeiten, wie sie während der Beratungen des Obersten Rates in Paris auftraten. Schon die Tatsache, daß der Völkerbundsrat über seine augenblicklichen Pläne zunächst Erfindungen bei den in Frage kommenden Entente-

An den anderen ist es nun, zu bekennen!

Wollen sie den Bestand der Republik, die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die Gleichberechtigung der werktätigen Schichten, dann gehen wir ein Stück Weges gemeinsam.

Wollen sie die Monarchie, die wirtschaftliche Anbelagerung oder die Mundstummheit breiter Schichten, dann bietet die Sozialdemokratie stärkste Gegnerschaft und heftigsten Kampf.

Das ist die Parole von Weimar!

Der Eintritt der Partei in die Reichsregierung erfolgte im Mai d. J. unter dem furchtbaren außenpolitischen Druck. Ohne Bedingungen, ohne Vorbehalte — nur um das Land vor dem Schlimmsten zu bewahren, bildete die Partei mit Zentrum und Demokraten die neue Koalitionsregierung. Aber mit der hohen Annahme des Ultimatums war die damals übernommene Aufgabe nicht erfüllt, ihre Lösung hat vielmehr jetzt erst begonnen, und der weitaus schwerste Teil steht noch bevor. Das ganze Volk ist an ihr beteiligt und nur außerordentliche Maßnahmen können uns vor dem Untergange retten.

Wir lehnen es ab, in den Massen den Glauben zu erwecken, als ob die Sozialdemokratie heute allein imstande wäre, die eisernen Fesseln des Verfallens zu lösen oder allein die drückenden Verpflichtungen des Londoner Ultimatums zu erfüllen.

Der Parteitag zu Weimar unterstrich die realpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart. Er lehnte jede Politik der großen Worte ab, die die Massen in Illusionen gewiegt hätten und sie zur Abkehr von der Partei bewegen würden, wenn die gemachten Versprechungen sich nicht erfüllt hätten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verwirklichung unserer Forderungen nicht nur von unserm Willen, sondern auch von der Reife der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

Wegen die im freien Volksstaate sich noch zu erhaltende Klassenjustiz erhob der Parteitag lebhaften Protest, er forderte durchgreifende Maßnahmen bei der kommenden Justizreform. Durch Ausziehung von Laienrichtern, besonders bei den Strafgerichten aller Arten und Stufen, durch Wahl der Schöffen und Geschworenen muß eine deutsche Justiz geschaffen werden, die im Volke Vertrauen zur Rechtspflege erweckt.

Von dem Gedanken befreit, daß nur eine große, einige Kampforganisationen aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die reaktionären Mächte gewinnen kann, erklärte sich der Parteitag für die nationale und internationale Einigung des Proletariats. Die Sache aller Bedrückten der Erde erklärte er zu der seinen.

Aus den Reben der ausländischen Gäste haben wir erfahren, daß die Welt der Arbeit noch immer mit Vertrauen und Hoffnung auf die deutsche Sozialdemokratie blickt. Rechtferntigen wir dieses Vertrauen durch unermüdblichen Kampf für unsere große Sache.

Schließt die Reihen! Werbt unablässig für die Partei! Es lebe die Sozialdemokratie!

Wirtschaftspolitische Rundschau

Führt unsere Finanzlage zum Staatsbankrott? — Falsche Spekulation in Anlegewerten — Die Belastung des Reiches durch die Ententeforderungen

Unsere Finanzlage, die von Tag zu Tag sich verschlechtert, löst in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit aus, das zu recht bedenklichen und fürchten Maßnahmen und den wildesten Gerüchten Anlaß gibt. Man spricht von einem Staatsbankrott und glaubt in den vielfachen Preissteigerungen für diese Annahme eine Stütze zu finden. Dabei ist man sich vollständig unklar darüber, was der Staatsbankrott bedeutet. Man hört nicht selten, daß mit dem Staatsbankrott unser Geld wiederum eine große Werteinbuße erleiden wird, wenn nicht vollständig als Zahlungsmittel ausscheidet. Aus dieser durchaus irrigen Auffassung erklärt es sich, wenn gegenwärtig bis in die Arbeiterkreise hinein ganz planlose Einkäufe gemacht werden in der Annahme, daß der Besitz an Zahlungsmitteln wertlos werden könne, während die Anlage von Geldbeträgen in irgendwelchen Gebrauchsgegenständen die Sicherheit bietet vor hereinbrechenden großen Verlusten, die bei einem Staatsbankrott entstehen müßten. Es vollzieht sich ein überhandnehmendes Aufkaufen aller möglichen nicht unmittelbar notwendigen Gebrauchsgüter. Die Folge wird sein, daß nach einer solchen Periode wiederum ein Stillstand in der Nachfrage eintritt, der zu einer schweren Wirtschaftskrise führen muß.

Wir hatten bereits einen ähnlichen Aufsturm auf dem Warenmarkt bald nach der Revolution zu verzeichnen. Auch hier drängten Vermögensbesitzer, die in barem Gelde vorhanden waren, zur Anlage in Kunstwertgegenständen, zum Ankauf von Gold, Silber, Edelsteinen usw. Solche Spekulation ist eine im wesentlichen verfehlte. Kunstgegenstände, Edelsteine und Möbel sind heute bereits im Werte so heruntergegangen, daß sie gegenüber dem damaligen Anschaffungswert nur noch mit großen Verlusten realisiert werden können. Selbst die Anlage in Gold und Silber, soweit es sich um Gegenstände handelt, bei denen sich der Wert nicht nach der aufgewendeten künstlerischen Arbeit, besitzt nur einen dauernden Wert im Material. Das Hineinbringen von Kapitalanlage in Grundbesitz hat, soweit der städtische Besitz in Frage kommt, für die Betroffenen keinen Vorteil gezeitigt, denn der Hypothekensitzer hat von der Umwandlung des Grundbesitzes in eine höhere Wertbemessung, soweit solcher überhaupt eingetreten ist, nichts verspürt. Hypotheken sind in den Papierwert hineingekommen und die Zinssätze bleiben unverändert und unberührt von allen Wertveränderungen unserer Zahlungsmittel. Auch der Ankauf von städtischem Grundbesitz hat keinen Vorteil geboten. Der städtische Hausbesitz ist durch die Beschränkung in die Mietsteigerung in seiner Wertveränderung aufgehalten, eine Maßnahme, die im Interesse der Minderbemittelten durchaus berechtigt war. Anders verhält es sich mit dem ländlichen Besitz. Er hat in den letzten Jahren mit der Erhöhung aller Preise für landwirtschaftliche Produkte einen Wertzuwachs in sehr erheblichem Umfange zu verzeichnen.

Was würde nun ein Staatsbankrott für die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten für eine Wirkung haben? Man bekommt darüber nicht selten eine Antwort, die jedes Verständnis über die Zusammenhänge unserer Finanzwirtschaft mit der gesamten Wirtschaftslage vermissen läßt. Es ist mit dem Staatszusammenbruch erheblich anders als wie mit dem Zusammenbruch eines Geschäftsunternehmens. Das Geschäftsunternehmen, das seine Zahlungen einstellt, befriedigt seine Gläubiger aus den noch vorhandenen Forderungen und Wertgegenständen, die das Unternehmen noch im Besitz hat. Die dem Gläubiger zugeteilte Quote aus dem vorhandenen Besitz kann je nach der Gesamtlage des Unternehmens sehr gering sein, unter Umständen kann sie durch die Kosten des Konkursverfahrens gänzlich aufgehoben werden. Für das Deutsche Reich dagegen ergibt sich aus seinem Finanzgebahren folgendes:

Der Etat für das Jahr 1921 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 87,5 Milliarden Mark ab. In der Einnahme findet sich ein Anleiheposten von rund 30 Milliarden, der das Defizit im Etat angibt, d. h. es müssen zur Bewältigung der Ausgaben neben den laufenden Einnahmen Anleihebeträge von 30 Milliarden Mark aufgebracht werden. Würde die Reichsverwaltung nicht mehr in der Lage sein, diese 30 Milliarden aufzubringen, so müßten gewisse Zahlungen eingestellt werden, die wohl zunächst folgende Gläubiger treffen würden:

In der Ausgabe befindet sich ein Posten von 16 Milliarden Mark für die Verzinsung der Reichsschuld und außerdem ein Betrag von 26 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages. Diese beiden Posten würden, wenn gestrichen, genügen, um die übrigen Verpflichtungen der Finanzverwaltung erfüllen zu können. Die Einnahmen aus Böllen, Steuern und Verbrauchsabgaben würden keine Einbuße erleiden. Tatsächlich hat sich auch in allen Staaten, wo ein Zusammenbruch der finanziellen Leistungsfähigkeiten eintrat, nichts anderes vollzogen, als daß die unmittelbaren Gläubiger, die dem Staat Geld geliehen haben, auf die Verzinsung der Anleihewerte für eine geraume Zeit verzichten mußten. Wir stellen in dem Beispiel natürlich nur eine Maßnahme dar, die im äußersten Notfall eintreten könnte, ohne der Meinung Ausdruck zu geben, daß dieser Eingriff irgendwie bevorzugen könnte. Ingleich ergibt diese Uebersicht natürlich auch, daß unsere schlechte Finanzlage nur auf die schwere Belastung, die uns von der Entente auferlegt wurde, zurückzuführen ist. Allerdings muß dabei bemerkt werden, daß die 26 Milliarden, die im Etat eingelegt sind, noch nicht vollkommen die Anforderungen decken, die die Entente weiter

(Weitere Telegramme siehe letzte Nachrichten.)

Seite 8
7 Uhr
ert.
met.
erliche
nla in
0, Ton-
ne aus
Mrum
Prinz
ärsche
onstige
nder 10
rkohrs-
hlech-
stätt.

ter
ubern
5 Akte
nsa-
Kathly.
den
ns.
anische
Hams.

ugel
kon
w.
Kaiser-
Albert
oni von
ater.
Z-
e
ph. 5111
11. Oktob.
ng
en Berge.
6476
geben.

OF
RT

urg
F.
raße.

erhebt, denn in diesem Posten sind nicht enthalten die aus dem Londoner Ultimatum hergeleiteten weiteren rund 3 Milliarden Mark Gold, die wir aufbringen müssen und die der Finanzminister feierlich in 30 Milliarden Papiermark umrechnete. Bei dem gegenwärtigen Stand der Wertaufholung würde die Anforderung auf ungefähr 90 Milliarden Papiermark anwachsen. Diese Lieberlichkeit ergibt nun, daß, wenn es nicht möglich ist, durch neue Steuern und Flüssigmachung erheblicher Mittel auf anderem Wege die Zahlung zu vollziehen, sie nur erfolgen kann durch neue Anleihen, die das Reich aufnimmt. Das Reich ist aber nicht in der Lage, festverzinsliche Anleihen auf den Markt zu bringen, weil nach aller bisherigen Erfahrung diese Anleihen nicht gezeichnet würden. Es wird deshalb der Weg beschritten, daß die Finanzverwaltung Schatzwechsel an die Reichsbank gibt und diese dafür den Betrag in Banknoten der Finanzverwaltung zur Verfügung stellt. Die Reichsbank wiederum muß sich die Geldbeträge verschaffen entweder indem sie die Schatzwechsel an andere Banken oder Private weitergibt oder aus ihren Kassenbeständen die Anforderung deckt. Der letztere Weg muß leider sehr stark beschränkt werden und erklärt die Zunahme des Notenumlaufs. Erst wenn in dieser Art des weiteren Aufnehmens großer Geldbeträge, die zum Ausgleich der Finanzverwaltung notwendig sind, eine Stütze eintritt, resp. der Bedarf des Reiches nicht mehr gedeckt werden kann, könnte von einer Zahlungseinstellung die Rede sein. Dazu wird es nicht kommen, denn diese Zahlungseinstellung müßte den Zusammenbruch sehr vieler Unternehmungen zur Folge haben, auf denen unsere Gesamtwirtschaft heute mehr oder weniger ruht. Im äußersten Falle würde wohl das Reich der Entente erklären müssen: wir sind nicht in der Lage, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, denn die Zahlungsleistung durch Vermehrung des Notenumlaufs erscheint uns weder für die Entente noch für Deutschland auf die Dauer erträglich. Welche politischen Folgen dann eintreten würden, welche Maßnahmen eventl. die Entente ergreife, das mag vorläufig bei unserer Betrachtung ausbleiben. Es kommt uns nur darauf an, gegenüber dem künftigen Verdröben über den Staatsbankrott zu zeigen, welche Wirkungen im schlimmsten Falle eintreten können.

Aus diesem Ueberblick ist ersichtlich, daß derjenige unüberlegt handelt, der planlos Vermittel in Waren und unnötigen Verbrauchsgegenständen anlegt. Diese überflüssige Nachfrage auf dem Warenmarkt muß neben der schon erwähnten Kriegengefahr ungünstige Einwirkungen auf die Preisgestaltung, d. h. ein Aufwärts der Preise herbeiführen.

Es zeigt sich dabei auch, wie wenig es möglich ist, bei so ungleichen und unklaren Verhältnissen zu einer Ordnung in der Bedarfsdeckung zu kommen. Die Vertreter der Planwirtschaft sehen gerade in der geregelten Bedarfsdeckung eine der wichtigsten Aufgaben unseres Wirtschaftslebens. Die Voraussetzung für eine solche Regelung wäre natürlich eine sehr umfassende Organisation, die jedem einzelnen vorschreibt, welche Ansprüche er auf dem Warenmarkt erheben darf. Sieht man sich die gegenwärtige unüberlegte Tendenz im Einkauf an, so wird man sofort die Unausführbarkeit einer solchen Ordnung erkennen. Eine Bevölkerung von 60 Millionen kann man nicht vorzeichnen, welche Gebrauchsgüter sie einzukaufen darf. Jeder vorübergehende Mangel in der Bedarfsdeckung müßte zu einem Ansturm der Käufer führen, der von den übelsten Folgen begleitet ist. Dazu kommt, daß die Konsumfähigkeit der großen Masse nie im voraus zu bestimmen ist, sondern sehr viel von Zufälligkeiten und heute auch von unüberlegten Handlungen abhängig ist. Wir können uns neue in den Zustand des Hamsters vorläufige Bedarfsgegenstände, verumtwilligt sind wir bereits wieder hineingeraten.

Unsere Finanzlage, die sicherlich zu großen Bedenken Anlaß gibt, drängt die von uns gestellte Forderung, nicht nur durch neue Steuern den Ausgleich im Etat herbeizuführen, sondern auch in die Bestreben einzugreifen, in den Vordergrund. Sehen wir uns die Durchführung dieses Projektes an. Es wird vielfach behauptet, die praktische Durchführung sei so schwierig, daß es schon daran scheitern müßte. Die Durchführbarkeit wird natürlich vor allem von denen in Zweifel gezogen, die beim Zugriff in den Vermögensbeständen die zunächst Beteiligten wären. Uns erscheint die Durchführung sehr einfach. Beginnen wir zunächst mit der Industrie, so stellen wir uns den Anteil an einem Aktienbesitz der Industrie vor, daß der nominelle Betrag dieser Papiere um 25 Prozent gekürzt wird und für diese 25 Prozent des herabgesetzten Nominalwertes der Aktien neue

Aktien ausgegeben werden, die man der Finanzverwaltung überträgt.

Was wäre nun die Folge dieser Transaktion? Es würde das Industriepapier um 25 Prozent im Wert sinken. Wäre diese Entwertung eine so ungewöhnliche Zumutung, daß sie mit Entloftung zurückgewiesen werden muß? Das ist durchaus nicht der Fall. Nehmen wir das folgende Beispiel: Diejenigen, die während des Krieges ihre Spargroschen und Teile ihres Vermögens in Kriegsanleihe angelegt haben, sind gegenwärtig um einen erheblichen Teil ihres Vermögens gekommen. Hat jemand während des Krieges 10 000 M Kriegsanleihe gekauft, so mußte er dafür 9800 M bezahlen. Der Kurs der Kriegsanleihe schwankt heute um 70 Prozent. Es hat mithin der Besitzer der Kriegsanleihe 28 Prozent, d. h. 2800 M verloren. Anders der Besitzer der Industriewerte. Er hat seine 10 000 M Industriepapiere, nehmen wir an, mit 15 000 M bezahlt, während heute der Kurs seiner Aktien vielfach auf 1000 und darüber steht, d. h. das Vermögen des Mannes, der in Industriepapiere 15 000 M angelegt hat, hat sich auf 100 000 M erhöht. Wäre es nun so unbillig, von ihm eine Abgabe von 25 Prozent für die Finanzverwaltung zu beanspruchen? Wir glauben nicht, denn es blieben ihm dann immer noch 75 000 M für Aktien, die ihn beim Erwerb 15 000 M kosteten. Der Zugriff in ähnlicher Form in die privaten großen Unternehmungen würde auch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Beim ländlichen Besitz, der ähnlich wie die Industrie im Wert gestiegen ist, zugunsten des Reichs in der hypothekarischen Belastung besonders der großen Unternehmungen ein Anteil festgesetzt werden. Durch den Besitz solcher Anteile aus Industrie und Landwirtschaft würde es möglich sein, im Ausland einen Kredit aufzunehmen, für den als Sicherheit die eben genannten Werte dienen könnten. Wir werden um diesen Eingriff in die Vermögenssubstanzen nicht herum kommen, auch wenn die Entente zu einer besseren Einsicht uns gegenüber als der heutigen kommt.

Gott schütze England

Das Wiesbadener Abkommen ist ein Spezialvertrag zwischen Deutschland und Frankreich, der sich im Rahmen des Londoner Finanzabkommens hält, innerhalb dieses Rahmens aber so gefaßt ist, daß sich die beiden Staaten gewisse Vorteile davon versprechen. Und dies genügt auch schon, um bei gewissen Politikern die Frage aufzuwerfen, ob das Wiesbadener Abkommen nicht eine verdeckte Spitze gegen England habe und ob man sich nicht durch seinen Abschluß die britische Gunst verschließen könnte.

Darauf ist zunächst zu erwidern, daß die maßgebenden Staatsmänner Englands über die Wiesbadener Verhandlungen sich genauer unterrichtet sind als die deutschen Kritiker. Frankreich ist ja Englands Verbündeter und wird ganz gewiß England über den Gang der Dinge in Wiesbaden auf dem Laufenden gehalten haben. Außerdem bedarf das Abkommen, um in Kraft zu treten, der Zustimmung der Reparationskommission, hier würde Englands Stimme genügen, um den ganzen Vertrag zu werfen. Die Neigung gewisser deutscher Kreise, sich als Sadewalter Englands aufzuspielen, wird in London lächelnd aufgenommen werden: Denn zur Not, wahrhaftig kann sich auch England allein helfen!

Für uns ist der ganze Fall eigentlich nur interessant als ein neues Kapitel unserer außenpolitischen Streitgeschichten. Das erste Kapitel heißt Nationalsozialismus, das zweite Kontinentalpolitik, das dritte aber wird man vielleicht am passendsten unter der Überschrift die „Gott schütze England-Bewegung“ zusammenfassen.

Der Nationalsozialismus schwärmt für ein Bündnis mit Sowjetrußland. Er glaubt, Deutschland brauche sich nur für ein Bündnis hochheimlich zu interessieren, dann werde es die „Weltrevolution“ hervorruhen, und in der nächsten „Entscheidungskampagne am Rhein“ würde mit der Entente, dem Frieden von Versailles und allem andern, was uns sonst unerfreulich ist, Schluss gemacht werden. Ueber diese Kinderrederei zu reden, lohnt sich nicht.

Dem Nationalsozialismus folgte die Kontinentalpolitik. Diese ging von dem Gedanken aus, daß sich alle Staaten des europäischen Kontinents gegen England zusammenschließen müßten. Die Kontinentalpolitik strebt eine Verbesserung der Verhältnisse zu allen Nachbarn an, ganz besonders zu Frankreich, und das war gewiß loblich. Aber indem sie ihre Verbündigungsabsichten mit einem antienglischen Hintergedanken verband, verdrängen sie alles und machen sich nur lächerlich. Während alle Welt sah, wie das militärische Frankreich uns drängerte, während England — sicher nicht aus Liebe zu

uns, aber in wohlverstandenen eigenen Interesse, für eine schärfere Politik eintrat, saßen sie unbedröhten das Bied von dem guten Frankreich und dem süßen England. Als aber Frankreich gar keine Anstalten machte, sich mit Deutschland gegen seinen Netter im Weltkrieg, England, zu verbündern, wurden sie müde, und auch dieser Unsinns wurde zu Grabe getragen.

Nun erleben wir Kapitel Nr. 3 — die „Gott schütze England-Bewegung“. Wir möchten sie so benennen, weil ihre Träger genau dieselben Leute sind, die während des Krieges alle ihnen erreichbaren Lokalfunktionen mit dem Satz: „Gott schütze England!“ schmückten. Diese Leute, die vor wenigen Jahren noch den Grundgedanken vertraten, daß Deutschland in der ganzen Welt nur einen wirklichen Feind habe, England, und die schon während des ersten und zweiten russischen Krieges predigten, diese Leute schwärmen heute für das Bündnis mit England, das sie als das einzige Mittel betrachten, um uns vor dem französischen Druck zu schützen. Sie bieten sich in kaum mißzuverstehender Weise an, falls es dem großmächtigen Albion eines Tages gefallen sollte, gegen seinen bisherigen Verbündeten Frankreich etwas weniger freundlich zu unternehmen zu wollen.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis uns diese harnierte Politik als die einzig „nationale“ empfohlen werden wird, und bis jeder zum Vaterlandsliebhaber erklärt werden wird, der aus möglichen Gründen ihren Spuren nicht folgt.

Es könnte gar nicht lange dauern, bis die alden-ischen Anbahnungsversuche an England mit dem verbieten Schritt beantwortet werden würden. Dann könnte ja das Weisheit über das „perfidie Albion“ von vorne anfangen.

Es gibt in Deutschland keine andere vernünftige Politik als diejenige, die darauf ausgeht, nach allen Seiten hin bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Verbündigungspolitik, die wir einem Staats gegenüber treiben, darf keine Spitze gegen einen anderen Staat haben. Daß das Wiesbadener Abkommen aber eine Spitze gegen England hätte, können nach allem, was bisher von ihm bekannt geworden ist, nur Leute annehmen, die an englandfeindlichem Verfolgungswahn leiden.

Protest gegen die 30%ige Erhöhung der Eisenbahntarife

Man schreibt uns: Wie die Handelskammer Karlsruhe bereits zur 30prozentigen Erhöhung der Eisenbahntarife ausgesprochen hat, erheben badischer Handel und Industrie lebhaften Einspruch gegen die mechanische 30prozentige Erhöhung sämtlicher Tarife, da man der Ansicht ist, daß der erste Zweck durch die Erhöhung nicht erreicht wird, sicher aber eine weitere gefährliche Einschränkung der badischen Wirtschaft im Gefolge hat. Eine Rettung aus der Notlage läßt sich nur durch eine systematische Umarbeitung der Tarife, durch eine planmäßige Umgestaltung der Verwaltung und durch zielbewusste Arbeit mit dem Ziel einer Erparnis an Mensch und Material erreichen.

Der badische Industrie- und Handelsrat hat daher beschlossen, im Benehmen mit anderen Körperschaften eine diese Reform behandelnde Verkehrs-Konferenz einzuberufen, zu der außer den Handelskammern von Rheinland-Westfalen bis Bayern, von den Danzestädten und von Sachsen, den namhaftesten Verbänden des deutschen Wirtschaftslebens, das Reichsverkehrsministerium, die Landesministerien, die Abgeordneten, die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats, des Reichseisenbahnrats aus den in Betracht kommenden Gebieten und die namhaftesten deutschen Eisenbahnfachleute eingeladen werden sollen. Als Tagungsort ist Heidelberg ausgerufen.

Wenn Handel und Industrie an der finanziellen Gesundung unserer Verkehrseinrichtungen tatkräftig mitarbeiten wollen, so begrüßen wir es. Aber daß die Erparnis von Mensch und Material dabei die Hauptsache sein soll, heißt doch, in erster Linie auf Kosten der Arbeiter und Beamten sparen zu wollen. Die Hauptursache der Misere ist jedoch wo ganz anders zu suchen. Darüber wird mit den Herren noch ernstlich geredet werden.

Schiffer über die beabsichtigten Reformpläne des Strafrechts

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ erklärte Reichsjugendminister Schiffer über die Reformpläne auf dem Gebiet der Strafrechtsplege, daß die Notwendigkeit besteht, vor Ausarbeitung eines neuen Strafrechtbuchs sofort eine Teilreform zu machen. Vor allem solle eine Erweiterung des Anstaltens in der Strafrechtsplege geschaffen werden. Den minderbemittelten Schichten solle durch erhöhte Diäten und Verordnungen, die eine geheime,

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Ekkehard beschloß, dieser Nebenbuhlerin seines Klosters einen Besuch abzugeben. Am weißwandigen Gestad von Ermatingen stand ein Fischer im Rahn und schöpfte das Wasser aus. Da deutete Ekkehard mit seinem Stab nach dem Eiland: Führt mich hinüber, guter Freund!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wozu? Ich verließ damals jeder Aufforderung nachdrücklich. Der Fischer aber schüttelte verdrossen das Haupt: Ich fahre keinen mehr von euch, seit ihr mich am letzten Riggericht um einen Schilling gebüht!

Wie sie das Schiffelein angelegt, ging Ekkehard dem Kloster zu, das zwischen Dünen und Büschen verborgen inmitten des Eilandes aufgebaut steht. Es war die Zeit des Spätherbstes, alt und jung auf der Insel mit der Weinlese beschäftigt, da und dort hob sich die Kapuze eines dienenden Bruders dunkel vom rogelben Nebel ab. Auf der Goddwarte standen die Bäter der Insel truppweise beisammen und ergötzen sich am Getriebe der traubenfammelnden Leute; sie hatten unter Umtragung eines mächtigen Marmorgestebes, das für einen Krug von der kanarischen Hocheit galt, die Einsegnung des neuen Weines abgeholt. Fröhlicher Juch und fernes Juchzen klang aus den Nebbergen.

Indem er zum Kloster, auf wenig Schritte war er ihm genötigt, da er sich die schwerfällige Turm mit seinen Vorhallen, deren Rundbogen abwechselnd mit grauen und roten Sandsteinquadern geschmückt sind, vor ihm auf.

Im Klosterhof war alles stumm und still. Ein großer Hund webelte am fremden Gast hinauf, ohne Laut zu geben, er bellte keine Rutte an; die Einwohner alleamt harte der linde Herbsttag hinausgedrückt.

Da trat Ekkehard in die gewölbte Fremdenstube am Eingang. Auch des Pörrners Geläch nebenan war leer. Offener Häher standen aufgeschloßert, manche schon mit süßen Moste gefüllt. Hinter ihnen war ein kleiner Bänlein an der Wand, Ekkehard war frisch ausgegüßten und die Seufzer hatte ihm gehend um Haupt geweht, da kam ein Zug des Schlummers mächtig über ihn, er lehnte den Wanderstab an den Arm, streckte sich ein wenig und nickte ein.

Derweil zog sich mit langsamem Schritt in die tiefe Stube, das war der ehrenwerte Bruder Rudmann, des Klosters Kellnermeister. Er trug ein feines Kruglein in der Rechten und ging seines Amtes nach, Wappstabe zu halten. Das Kruglein, eines mit der Welt und sich verschüchtern Mannes lag auf seinen Lippen, und sein Bauch war frisch gelächelt, wie das Hauswesen des Fleißigen, einen weißen Schurz hatte er darüber geschlungen, gewichtiger Schlüsselbund klapperte an seiner linken Seite.

„Zum Kellnermeister soll erwähnt werden ein weiser Mann von reinen Sitten, nüchtern und nicht vieler Speise gierig, kein Jänker und kein Schelmer, kein Träger und kein Bergkauer, sondern ein Gottesfürchtiger, der der gesamten Bruderschaft sei als wie ein Vater“ — und soweit es des Fleißiges Schwärze hinleben möglich macht, war Rudmann bemüht, solane Kellner-

meisterseigenschaften in sich zu vereinen. Dabei aber trug er das herbe Amt eines Straußvogeljägers, und wenn einer der Brüder der Weisung sich schuldig gemacht, hand er ihn an die Säule und konnte sich keiner über die Wunde seines Armes beklagen. Daß er außerdem mit dickerer Zunge dann und wann kochhafte Gedanken aus sprach und den Wit mit Verdächtigung der Weisbrüder zu unterfallen wußte, wie das Eidschwörenen Ratardes der Edda, das auf- und abrennt an der Eiche Jggdrasil und des Adlers zurende Worte im Wipfel herniederträgt zu Nidhögger, dem Drachen in der Tiefe: das war nicht seines Amtes, das tat er aus freien Stücken.

Heute aber schaute er gar vernünftig drein, daß er die Güte der Weisheit schaud. Und er tauchte sein Kruglein in ein offenes Faß, hielt's gegen das Fenster und schürfte bedächtigt den unklaren Stoff. Des schlafenden Gastes nahm er nicht wahr.

Auch dieser ist süß, sprach er, und kommt doch vom mitternächtigen Abhang der Hügel. Gelobt sei der Herr, der vom Notstand seiner Anechte auf dieser Au eine billige Einsicht nahm und nach so viel mageren Jahren ein fettes schuf, und frei von Säure!

Inzwischen ging draußen Herbstbild, die Oeremagd, vorüber, sie trug eine traubengefüllte Urte zur Kelter. Herbstbild, sprach der Kellnermeister leise, getreue alle Mägde, nimmt mein Kruglein und fällt es mit dem Reuen vom Wartberg, der drüben an der Kelter steht, auf daß ich ihn mit diesem vergleiche.

Herbstbild, die Oeremagd, stellte ihre Urte ab und ging und kam und stand vor Rudmann, reichte ihm das Kruglein, schaute schalkhaft an ihm hinauf, denn er übertrage sie um eines Kopfes Länge, und sprach: Wohl bekomme!

Rudmann tat einen langen, frommen, vergleichenden Zug, so daß ihm der Reue auf den Lippen schmelzen möchte wie Schmelze in der Morgenjonnie; alle miteinander werden süß und gut, sprach er, und seine Augen hoben sich gerührt, und daß sie an der Oeremagd strahlendem Antlitz haften blieben, daran trug der Kellnermeister kaum Schuld, denn diese hätte sich inzwischen auch zurückziehen können.

Da fuhr er mit Salbung fort: So ich aber Euch ansehend, Herbstbild, so wird mein Herz doppelt froh, denn auch Ihr getreue wie der Klostermein in diesem Herbst, und Eure Waden sind rot wie Klostertüpfel, die des Pfändens barren, Reich mit mir des Jahrgangs Güte, getreue alle Mägde!

(Fortsetzung folgt.)

Zu den Landtagswahlen am 30. Oktober

Deutschnationale Geschichtsfälschungen

Abgesehen von einer schuldbehafteten Vergangenheit lebt die Deutschnationale Partei von nationalitätlichen Lügen und persönlichen Hebe. Einen Beitrag zum deutschnationalistischen Lügenfeld leistet in der „Süddeutschen Zeitung“ Professor Dr. G. E. Siegler, indem er behauptet, daß am 1. Oktober 1918 der damalige Reichskanzler v. Hertling seinen Abschied genommen habe, weil er den Ansturm gegen die Reichsverfassung nicht mehr mitmachen konnte und weiter erklärt: „Raum war Prinz Max in sein neues Amt gekommen, fandte er mit unheimlicher Eilfertigkeit schon in der Nacht zum 5. Oktober das Telegramm an den Präsidenten Wilson, welches unsere Unterwerfung verkündigte“, was nach Ansicht des deutschnationalen Professors nicht nötig war, da zu dieser Zeit „unser Armeem im unbesiegbaren Besitz des ganzen Ostens waren und im Westen noch fast alle ihre Stellungen besaßen hatten“.

Wir wollen es uns in diesem Zusammenhang verlagern, des Näheren auf die Art der von den Resten (mehr war es nicht) unserer Armees „behaupeten Stellungen“ einzugehen, ebenso wie wir höflich genug sind, dem deutschnationalen „Gelehrten“ nicht den Rat zu geben, wegen Gedächtnisschwäche den nächsten Kernarzt zu konsultieren, da ihm völlig entfallen ist, daß durch den Abfall unserer Verbündeten und den Übergang der Tschoskowitz zu unseren Feinden unsere Ostfronte mehr als bedroht war, so daß der Feind auf beiden Seiten jeden Tag vor den Türen stehen konnte. Simeisen wollen wir nur auf beide folgenden Tatsachen:

Ludendorff telegraphierte am 29. September 1918 an das auswärtige Amt nach Berlin, „daß unser Friedensangebot sofort hinaus müsse, heute bieten die Truppen noch, was morgen gesehen hätte, sei nicht voranzuführen. Man könne mit dem Friedensangebot nicht bis zur Bildung der neuen Regierung warten, es könne jenen Augenblick ein Durchbruch erfolgen.“

Am 3. Oktober erklärte dann Hindenburg in einem Schreiben an das auswärtige Amt, „daß die Oberste Deeresleitung auf ihrer am 29. September gefällten Forderung der sofortigen Abwendung des Friedensangebots bestehen bleibe, die Lage verschärfte sich täglich...“

Diese beiden Erklärungen trafen die deutschnationalen Behauptungen von der „unheimlichen Eilfertigkeit“ der Regierung

des Prinzen Max Lügen und zeigen, wer — aus Angst vor dem völligen Bankrott seiner Kriegsstrategie — „unheimlich eilfertig“ war. Zu allem Überflus sind jedoch die Vorgänge über den damaligen Kanzlerwechsel durch den Mittelalter Hertling, dem Sohn des damaligen Kanzlers in seinem Erinnerungsbuch „Ein Jahr in der Reichskanzlei“ festgehalten. Es heißt da, daß während einer Unterredung seines Vaters mit dem Kaiser Ludendorff unangemeldet in das Zimmer trat und im Tone höchster Erregung fragte: „Ist die neue Regierung noch nicht gebildet?“ Der Kaiser erwiderte darauf: „Ja kann doch nicht zaudern.“ Daraufhin Ludendorff: „Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß heute noch hinaus“, — sodas auch hier wieder der Halbgoth der Alldeutschen Herr Ludendorff als der spiritus rector in der Niedergänge seines Bankrotts hervortritt.

Ein Pyrrhuszieg

Der „Badische Beobachter“ frohlockt, daß der sozialdemokratische Initiativantrag auf Wiederherstellung des im Sinne einer vernünftigen Bodenreform gelegenen Grundstücksverreges gemäß Ausschlußbeschluss im verflochtenen Landtag nicht mehr zur Verhandlung kam. Wir können nicht finden, daß dieses Ergebnis irgendwie zum frohlocken Anlaß gibt. Denn die „davongeschwommenen Felle“, von denen das Zentrumslblatt mit soviel Behagen redet, ist ein großes Stück besserer Sozialreform. Dem „Badischen Beobachter“ macht dies jedoch anscheinend wenig Sorgen, ja er freut sich sogar noch kindlich darüber. Die sozial interessierte Wählerschaft, insbesondere die Arbeiterklasse, hat alle Ursache, sich das Verhalten des Zentrums zum Grundstücksverreges einzuprägen und am Wahltag, den 30. Oktober, die Antwort darauf zu geben.

Kommunistischer Unfuss und Schwindel

Die badischen Moskowiter verbreiten jedoch ihr erstes Wahlflugblatt. Es handelt sich um ein ebenso komisches wie natürlich auch verlogenem Machwerk. Komisch ist es deshalb, weil es nicht nur in Berlin verfaßt und hergestellt, sondern auch von der Berliner Zentrale der K.P.D. unterzeichnet ist. Das Wahlkomitee der badischen Moskowiter sitzt demnach in Berlin,

weil offenbar unter den badischen Moskowitern auch nicht einer aufzutreiben war, der ein Wahlflugblatt verfaßen konnte.

Wir wissen, daß unsere badischen „Weltrevolutionäre“ nach roten schwindeln können. Aber die Berliner Moskowiter sind ihnen über. Moskows soll seine eigenen Parteigenossen verhaften, weil sie gegen Bücher und Schieber kämpfen. Für welche Diodaten müssen die Berliner Moskowiter ihre badischen Gefinnungsgenossen halten, daß sie ihnen zumuten, einen solchen Nöbelsinn zu verbreiten. Scheidemann und Stinnes sollen Arm in Arm dem hungernden Proletariat entgegenreten! So steht in dem Flugblatt. Die Berliner Kommunistenführer, die für die badischen Landtagswahlen ein Flugblatt schreiben mußten, werden sich gesagt haben, für die Trottel, die in Baden kommunistische „Weltrevolution“ machen, ist auch das dümmste Zeug gerade gut genug.

Natürlich stellen die Kommunisten auch Forderungen zu den badischen Landtagswahlen. Wir greifen zum Exempel eine Forderung heraus: Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus der Reichswehr.

Daß die Reichswehr keine badische, sondern eine Reichswehr ist, könnte sogar ein Kommunist wissen. Wie aber sollen die verkappten Monarchisten entfernt werden? Wenn sie „berappelt“, also nicht zu erkennen sind, wie soll denn die Prozedur vorgenommen werden?

Alle monarchistischen Offiziere plötzlich zu entfernen, würde einfach die Entente nicht erlauben. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages dürfen jährlich höchstens 5 Prozent von der Gesamtzahl der Reichswehroffiziere austreten. Die Entente würde, wenn man den Forderungen der Kommunisten Rechnung tragen wollte, das einfach verbieten.

Im übrigen ertappen wir die Kommunisten bei dieser Gelegenheit bei einem schändlichen Bruch ihrer Prinzipien. Sie müssen doch Befestigung der Reichswehr verlangen, statt an ihr herum reformieren zu wollen. Sind bei den Kommunisten die Grundzüge ebenso im Schwindel begriffen, wie die Mitgliederbestände? Die Berliner Kommunistenführer scheinen mit ihren badischen Gefinnungsgenossen Schindluder zu spielen. Aber das wird verdientermaßen geschehen.

gleich und direkte Wahl der Wahlschritte vorsehen, der Zugang zum Kreis der Gerichte, in denen Kreisrichter mitarbeiten, erweitert werden. Voraussichtlich werden alle Sachen, keine wie große, in erster Instanz an die Schöffengerichte kommen. Bei den Amtsgerichten werden voraussichtlich keine Schöffengerichte (ein Berufsrichter und Schöffen) und große Schöffengerichte (mehrere Berufsrichter und Schöffen) gebildet werden. Auch bei den Landgerichten sollen Landrichter mitwirken. Ferner wird erwoogen, ob nicht auch der Oberreichsanwalt bei Hochverrats- und Spionagefällen ermächtigt werden soll. Anklage nicht vor dem Reichsgericht, sondern vor dem Landgericht zu erheben. Auch das Jugendgerichtsgesetz sieht eine weitgehende Beteiligung des Laienelements vor. Ebenso wird auch das materielle Strafrecht in einigen Punkten schon jetzt abgeändert werden. Das sogenannte Gesetz zum Schutz der Republik wird in etwa zehn Tagen dem Reichsrat zugehen. Es bezieht die Bestimmungen des geltenden Strafrechtbuches betreffend den Schutz der Monarchie und ihrer Träger und stellt die Träger der republikanischen Verfassung unter strafrechtlichen Schutz, wobei der Gedanke der Beschimpfung und Verächtlichmachung verfassungsmäßiger Institutionen — in den Vordergrund gestellt werden wird. Der Minister bezeichnete es ferner als dringend notwendig, daß das jetzt dem Reichsrat vorliegende Gesetz über den Ausbau der Geldstrafen in Kürze beschließt wird.

neben eine Reihe von Programmvorstellungen und Anregungen zur Ausgestaltung der Feiertage sowohl für einfache wie großstädtische Verhältnisse. Das Heft kam außerhalb des Abkommens auch einzeln bezogen werden gegen Voreinsendung des Betrages von 2,65 M. (einschließlich Porto) durch den Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (H. Weimann) Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3.

8. Ruppelheim, 6. Okt. Die Listen zur Aufstellung der Gewählten und Schöffen sind 3. Bt. aufgelegt. Wer nicht in der Liste steht, kann vom Bezirksrat nicht vorgelassen werden. Unsere Genossen werden daher erjudt, die Listen nachzusehen.

Der Wahlkampf am Sonntag

Grünzingen, 9. Okt. Donnerstag sprach Genosse Minister Kommele in einer sehr feierlichen Versammlung im „Rosen“. Seine Rede, die überzeugend darlegte, daß die Sozialdemokratische Partei eine richtige Staatspolitik im Interesse des Volksganges verfolge, wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen 2 Kommunisten und Herr Dauer vom Sozialdemokraten. Die Kommunisten waren teilweise sachlich, teilweise ließen sie aber auch jedes Verständnis für die heutige Wirtschaftslage vermissen und wurden dementsprechend zurückgewiesen.

10. Jöhlingen, 10. Okt. Die am Sonntag stattgefundenen Wählerveranstaltungen waren etwas mäßig besucht. Wenn in wenig Frauen amfand waren, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß beim bekannt werden unserer Wählerveranstaltungen der Herr Pfarrer durch eine lebhaftige Hausgenossin seine Frauen ebenfalls zu einer Wählerveranstaltung in die Kleinfriedrichstraße einlud. Gen. Landtagsabgeordneter Kriechbaud-Bruchsal hielt ein ausgezeichnetes Referat über die politische Lage. In der Diskussion sprachen zwei Redner, die die Deamentendebildung sowie die neue Ortslisteinteilung scharf kritisierten. Genosse Kriechbaud wies ihnen gegenüber darauf hin, die Beamten müßten mehr im Sinne der freien Gewerbetätigkeit handeln. Genosse Herzog lobte die Veranstaltung und forderte die Arbeiter auf, die badische Presse und ähnliche Organe endlich aus dem Haus zu schaffen und sich eine Arbeiterpresse zu halten. Die veranstaltete Tellerjammung zugunsten des Wahlfonds hatte ein sehr erfreuliches Ergebnis.

8. Stettfeld 6. Bruchsal, 10. Okt. Sonntag, 9. d. M., fand hier eine von der sozialdem. Partei einberufene öffentliche Wählerversammlung statt. Vor Beginn derselben fand sich eine Anzahl Genossen im Lokal zur „Krone“ ein, um sich mit der Gründung eines sozialdem. Vereins zu beschäftigen. Der als Referent zur öffentlichen Versammlung erschienene Genosse Stadtrat Schwertb. Karlsruhe sprach zunächst über die Notwendigkeit der Gründung von Ortsvereinen der sozialdemokratischen Partei worauf sich etwa 25 Genossen edert erklärten, dem Ortsverein sofort als Mitglieder beizutreten. Mit Einmütigkeit wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: Nr. 1. Vorsitzender Genosse Emil Bechtler, Holzarbeiter, als 2. Vorsitzender Genosse W. Seifertling, Schlosser, als Kassier Genosse J. Schierl, Holzarbeiter, die übrigen Vorstandsmitglieder werden in der nächsten Versammlung gewählt. Die Männer, die an der Vereinsgründung teilnahmen, teilen die Gewißheit, daß wir mit einer scheinbaren sozialdemokratischen Organisation rechnen können, deshalb ein „G. l. u. d. u.“ unserer Stettfelder Genossen; wir werden sie mit Rat und Tat jederzeit unterstützen.

Die öffentliche Versammlung hatte etwas besser besucht sein dürfen und darf ein „Berfehen“ des Herrn Bürgermeisters bezüglich des Ausschlusses sozialdemokratischer Versammlungen nicht mehr vorkommen. Genosse Schwertb. rechnete zunächst mit unseren Gegnern gründlich ab, um jedoch die Tätigkeit unserer Fraktion im Landtag und diejenige unserer sozialdemokr. Minister, sowie die Stellung unserer Partei zur inneren und

äußeren Politik eingehend zu beleuchten, wofür ihn starker Beifall lohnte. Eine sachliche Diskussion im Sinne des Referenten gab der Versammlung einen würdigen Schluß. Eine Tellerjammung ergab 46 M. Genosse Bechtler ermahnt in feierlichen Worten zur Pflichterfüllung durch Männer und Frauen am 30. Oktober.

9. Schöllbrunn, 10. Okt. Unsere erste öffentliche Wählerversammlung am gestrigen Sonntag war den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht. Das Referat des Gen. Dr. Nordmann-Karlsruhe wurde mit großem Beifall aufgenommen, ebenso die Ausführungen des Versammlungsleiters Gen. Dage man-Erlingen, der die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei eingehend behandelte. Es wurde die Gründung eines sozialdem. Parteivereins vollzogen, dem sofort über 20 kampfesfreudige Genossen beitraten. Auch wurden zu der neugegründeten Volksfreundliche 7 weitere Abonnenten gewonnen. Die am Schluß vorgenommene Tellerjammung ergab den schönen Betrag von 50,55 M. Als vorläufiger Vertrauensmann für Schöllbrunn wurde bis zur demnächst stattfindenden 1. Mitgliederversammlung der Gen. Eugen Kauenbüchler gewählt. Alle Aufschriften sind an diesen zu richten.

Langensteinbach, 10. Okt. Gestern abend sprach in einer Wählerversammlung in der „Zellhalle“ Gen. Glunt über die bevorstehenden Landtagswahlen. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Einige Volksfreundliche und ein anschließlicher Betrag für den Wahlfond sind auch hier zu verzeichnen.

Auerbach, 10. Okt. In einer gut besuchten Versammlung sprach Gen. Glunt-Erlingen über die bevorstehenden Landtagswahlen. Von einer Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Anschließend wurde die Gründung eines Parteivereins vorgenommen; auch einige Volksfreundabonnenten wurden gewonnen und eine Sammlung für den Wahlfond ergab einen hübschen Betrag.

Reudorf, 10. Okt. Die Wählerversammlung am Sonntag war verhältnismäßig gut besucht, trotz fälschlicher Bekanntgabe und trotzdem viele Arbeiter das Fußballspiel vorzogen. Die Ausführungen des Referenten Gen. Köhn-Karlsruhe fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Diskussion fand keine statt.

Badische Politik

Für die Unterbringung Schwerbeschädigter

Einer vom badischen Sozialministerium gegebenen Anregung hat sich auch das badische Ministerium des Innern angeschlossen, indem die städtischen und kommunalen Behörden aufgefordert werden, zu erklären, daß sie Arbeiten nur an solche Firmen vergeben, die ihren Verpflichtungen zur Unterbringung Schwerbeschädigter nach den gesetzlichen Vorschriften genügt haben. Ein entsprechendes Verfahren würde den Hauptfürsorgestellen eine wirksame Handhabe gewähren und ihnen in vielen Fällen die Einleitung von Strafverfahren ersparen. Das badische Innenministerium weist nun die Behörden (Staatsverwaltung und Städte) an, bevor sie größere Aufträge an eine Firma vergeben, sich vorher bei der zuständigen Hauptfürsorgestelle zu verständigen, daß die Firma ihre Verpflichtung zur Unterbringung Schwerbeschädigter genügt hat.

Die Bewegung der Bevölkerung in Baden im 2. Vierteljahr 1921. Die rote Zunahme der Geburtenziffer seit Kriegsende scheint auch für das Jahr 1921 anzuhalten. Es betrug die Zahl der Lebendgeborenen im 2. Vierteljahr 14.901, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 538 Kinder mehr. Hinter der Zahl des 1. Vierteljahres 1921 ist die des 2. Vierteljahres 1921 allerdings um 1037 zurückgeblieben.

Schweizerbrief

Die Einfuhrbeschränkungen — Die Arbeitslosigkeit

H. T. Basel, 6. Oktober.

Ueber die Wirkung der vom Bundesrat durchgeführten Einfuhrbeschränkungen gegenüber verschiedenen deutschen Industrieerzeugnissen ist man etwas enttäuscht; die Wirkung war bei den in Frage kommenden schweizerischen Industrien nach gar nicht zu verspüren; die Arbeitslosigkeit wurde dadurch nicht im geringsten gemildert; wohl aber ist festgestellt worden, daß die Einfuhrbeschränkungen die Lebenshaltung in ganz empfindlicher Weise verteuert haben. Man sagte sich zwar, daß die Wirkungen der Einfuhrbeschränkung in der kurzen Zeit ihres Bestehens noch nicht zum Ausdruck kommen und glaubt immer noch daran, daß die Einfuhrbeschränkung die Wirtschaftslage in der Schweiz mildern werde, und der Nationalrat hat darum auch dem Antrag zugestimmt, die Einfuhrbeschränkungen auf deutsche Industrieerzeugnisse auch in der Folge weiter bestehen zu lassen. Auch der Ständerat wird diesem Beschlusse des Nationalrates zustimmen, aber damit wird weder die Krise aus der Welt geschafft, noch die Arbeitslosigkeit gemildert.

Mit der Befämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigen sich nicht nur die Kantone, sondern auch das eidgenössische Parlament. Nachdem bereits der Große Rat von Basel-Stadt für die Arbeitslosen eine außerordentliche Herbstzulage beschlossen, gegen deren Auszahlung die Basler Regierung sich immer noch weigert, sind inzwischen eine Anzahl anderer kantonaler Parlamente gefolgt, so das von Gen. St. Gallen, Zürich, Appenzel und Solothurn. Nun liegt auch der Bundesversammlung ein Antrag vor, für die Arbeitslosen eine ordentliche Herbstzulage von rund zweieinhalb Millionen Franken zu bewilligen. Die Zahl der Arbeitslosen ist leider immer noch im Zunehmen begriffen und es scheint der Höhepunkt der schweizerischen Wirtschaftskrise immer noch nicht erreicht zu sein.

Aus der Partei

Zur Revolutionsfeier

Für die Revolutionsfeier bringt das Oktoberheft der „Arbeiterbildung“ reiches Material, insbesondere eine Vortragsdisposition von Friedrich Stammer, da

DEGEAS Spar-Glühkörper
 25% Gasersparnis
 Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
 Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O. 17

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonderklasse Gruppe 1 (Karlsruhe)

Arb.-T. und Sp.-B. Durmersheim — Fr. T. Karlsruhe.
1. Mannsch. 1:5, 2. Mannsch. 2:4, 3. Mannsch. 1:2, 4. Mannsch. 0:3. Das Spiel war ruhig.
Tue I — Arb.-Sp.-B. Karlsruhe. 1. Mannsch. 2:0, 2. Mannsch. 3:0, 3. Mannsch. 1:6.
Hagsfeld — Rüppurr. 1. Mannsch. 6:3, 2. Mannsch. 8:1, 3. Mannsch. 9:0.

Sonderklasse Gruppe 2 (Forzheim)

Bem.-Sp. Forzheim — Kleinfeldbach. 1. Mannsch. 3:3, 2. Mannsch. 0:0, 3. Mannsch. 8:0.

Klasse A, Gruppe 3 (Karlsruhe-Bruchsal)

Eggenstein — Blankenloch. 1. Mannsch. 0:3 (0:1), 2. Mannsch. 0:3 (0:1).
Arb.-T. u. Sp.-B. Weierheim — Fr. T. Mörch. 1. Mannsch. 3:2, 2. Mannsch. 2:3.

Klasse B, Gruppe 4 (Albtal)

L.-Sp.-B. Langensteinbach — Spielberg. 1. Mannsch. 3:2, 2. Mannsch. 2:2.
Tu a. Rh. — Reichenbach. 1. Mannsch. 2:5, 2. Mannsch. 3:2.
Hohenwettersbach — Grünwettersbach. 1. Mannsch. 3:1, 2. Mannsch. 1:4.

Privatspiele

Arb.-T. und Sp.-B. Weierheim — Fr. T. Mörch. 3. Mannsch. 4:0.

Weitere Sportveranstaltungen

Eigentliche Abteilung 1: Sportklub Forzheim — Germania Durlach 1:0; Fr. T. Weierheim — Sportklub Freiburg 0:1; 1. F.C. Forzheim — Ballspielklub Forzheim 5:1 (Platz-einweihung). — Abteilung 2: König Karlsruhe — Forzheim 5:1.
Vorrunde um den Bundespokal Süddeutschland — Westdeutschland 6:0.

Ein Mahnwort an unsere Arbeiter-Sportler

Auf dem Reichs-Arbeiter-Sportkongress in Jena wurde folgender Antrag angenommen:
„Der Reichs-Arbeiter-Sportkongress wolle beschließen, daß an Wahlen zu Reich, Staat oder Gemeinde-Veranstaltungen der Arbeiter-Sportverbände unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Vielmehr wünscht der Reichs-Arbeiter-Sportkongress, daß sich alle Sportgenossen in Stadt und Land ihren politischen Parteien zur Verfügung stellen.“
Arbeiter-Sportler! Dieser Beschluß des Reichs-Arbeiter-Sportkongresses muß eingehalten werden. Am 30. Oktober, dem Wahltag, dürfen sportliche Veranstaltungen nicht stattfinden.

Valuta-Bericht vom 8. Oktober

Markkurs in der Schweiz ca. 460. Auszahlung Holland notierte 89.36 M per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte 21.96 M per Schw. Fr. Auszahlung England notierte 468 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 8.92 M per frz. Fr. Auszahlung Rußland notierte 123 1/2 M per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schiffertinsel 38, gef. 20 Zim. Neßl 142, gef. 8 Zim. Magau 304, gef. 1 Zim. Mannheim 182, gef. 2 Zim.

Kleine badische Chronik

Bruchhausen, 8. Okt. Bei Bruchhausen wurden gestern abend in den von Kattart nach Karlsruhe fahrenden Besonderen und unbelasteten Tälern Steine geworfen, wodurch in den vorderen erleuchteten Wagen mehrere Personen Verletzungen davon trugen.
Wülferdingen (A. Durlach), 9. Okt. Der alte zweistöckige Bau des Gollhauses zum „Köhl“ (Besitzer Wilhelm Baid) ist nachts abgebrannt. Auch der Dachstuhl des anstößenden neueren Gebäudes wurde zerstört. Rüst Familien sind obdachlos.
Mühlhausen (Amt Wiesloch), 8. Okt. Den jüngsten Brand benötigt ein Gauner, um dem ältesten Sohne des Betreffenden 1700 M Papiergeld aus dem Kleiderkasten zu hehlen. Ein Geschäftsmann aus Wiesloch, der dem Neuen etwas stark zugespitzt hatte, verlor auf dem Heimweg seine Brieftasche mit 2400 M Inhalt. Ein Radfahrer fand dieselbe und lieferte sie prompt ab. Er erhielt 200 M Findexeln. Das Kind anders als das Verhalten einer Dame zu Heidelberg, die fünf bezogene und wiedergebrachte Tausendmarkscheine nur die Worte übrig hatte, die Findexeln brauche nichts, denn sie sei ja gut gehalten.
Mannheim, 8. Okt. Die Einkaufs- und Verwertungsge nossenschaft der Fleischer-Zunft Mannheim beschloß, in Mannheim Gefrierfleisch zum Verkauf zu stellen, um die in- landeuerung und Futtermittelnot bedrohliche Fleischversorgung abzuwehren. Es handelt sich um bestes argentinisches Rindfleisch, das in Spezialampfen nach Deutschland befor- tert und auf die Zentralgefrierhallen verteilt wird. Das Fleisch wird zum Preise von 9.50 M das Pfund abgegeben.
Redarzimern, 8. Okt. Der Hauptbetrieb des hiesigen Gipswerkes wird vorläufig stillgelegt. Die Werkleitung hat bisher 300 Arbeiter entlassen, während 60-70 weiterbeschäftigt werden.
Wetzheim, 9. Okt. Hier wurde ein Wagon mit 130 Riffen Limburger Käse im Wert von 80 000 M beschlagnahmt. Die Ware kam aus Bayern und sollte laut „Werkheimer Zei- tung“ nach Baden-Baden weitergehen. — In Helmstadt

Arbeiter-Sportler! Beachtet auch den zweiten Teil des Be- schlusses und beteiligt euch an der Wahlbewegung und Wahl- arbeit. Überall wird darüber geklagt, daß die Sportler ihre politische Pflicht nicht erfüllen, sich nicht an Wahlversammlun- gen beteiligen, kurzum sich der ganzen Wahlbewegung gegenüber feindschaftlich verhalten. Dieser Indifferenzismus mag für die Angehörigen der bürgerlichen Turn- und Sportvereine seitens ihrer Leitungen erwünscht sein, für einen Arbeiter-Turner und -Sportler aber völlig unangebracht. Ein solches Verhalten trägt nicht dazu bei, bei der Arbeiterschaft und deren Parteien die so nötigen Sympathien zu erwerben.
Arbeiter-Sportler! Bedenkt, daß im Landtag auch wichtige sportliche Fragen erörtert werden. Beteiligt euch deshalb an den Wahlversammlungen der Sozialdemokratischen Partei, helfi mit bei der Flugblattverbreitung. Hier könnt ihr ebenfalls Höchstleistungen vollbringen. Nicht den Anfang eurer Spiele so rechtzeitig ein, daß sie beendet sind, wenn eine sozialdem. Wahlversammlung in dem gleichen Ort beginnt.
Turn- und Sportgenossen! Beachtet diese Mahnung und nehmt an der Wahlbewegung aktiven Anteil zum Nutzen der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung im besonderen.

Wie ein bürgerlicher Sportler das Arbeitslosenproblem zu lösen gedenkt

Die Arbeitslosenfrage findet in der „Sport- zeitung“ des „Stuttgarter Tagblatts“ eine ver- blüffende Lösung. „Das Kind ohne Spielplatz ist der Vater des Mannes ohne Arbeit.“ Dieser treffsinnige Gedanke wird damit begründet, daß das Meer der Arbeitslosen von denen gestellt werde, die immer fröhlich, frumm und verwaschen seien, die Turnen, Spiel und Sport betreiben! „Darum muß endlich so schnell wie möglich das Spielplatzgesetz durchgeführt werden, damit wir die Arbeitslosen endlich loswerden.“
Ist es kindliche Naivität oder ein fröhenherziger Ein- fall, die den Mitarbeiter des „Neuen Tagblatts“ zur Feder greifen ließen? Oder weiß dieser Nichts-als-Sportmann wirk- lich nicht, daß es viele Tausende von Männern und Frauen gibt, die trotz gesunder Glieder keine Arbeit finden können? Von den in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Ursachen der Arbeitslosigkeit wollen wir uns mit ihm lieber nicht unterhalten!

Die verkannte Sprossenwand — das Turngerät der Zukunft

Die eigentliche Heimat der Sprossenwand ist Schweden. Tagtägliches Leben von Jugend auf an diesem höchst einfachen Gerät schafft Wunder. Besonders bringt diese Sprossenwand- gymnastik starke Kumpfmuskulatur, Dehnbarkeit und Gesunde- heit des arbeitenden deutschen Volkes, gibt uns eine gerechte, eine weitsehende, eine der Bedeutung angemessene Entscheidung in der obersten Lebensfrage!

Am 29. Oktober, abends halb 7 Uhr

1. Fußballer-Unterhaltung

der Fußballer des 3. Bezirks (Lokal: „Stelannenbad“ in Beiertheim) Alle Fußballspieler des 3. Bezirks sind bestens eingeladen.

bigkeit des ganzen Körpers und Erweiterung des Brustkorbes und bietet somit die unentbehrliche ideale Ergänzung zu jeder anderen Sportart. Sehr zu begrüßen ist in diesem Sinne das mit vorzüglichen Bildern ausgestattete Leporello-Sportalbum von Sportlehrer Fr. Kniese „Die Sprossenwand“, 10 Bilder markanter Übungen mit einleitendem Text zur Einführung in die Gymnastik an der Sprossenwand (Frankische Verlagsbuch- handlung, Stuttgart, Preis 2.40 M.)
Wurf und Stoß im Bild. Diskuswerfen, Speerwerfen, Kugelstoßen. Reihenenaufnahmen mit erläuterndem Text zur Erlernung der Technik im Werfen und Stoßen. Von Sport- lehrer J. Waizer. Preis 6 M. Frankische Verlagsbuchhand- lung, Stuttgart.

Stand der Spiele im Arbeiter-Sport

Vereine	Spieler	Gen.	Verl.	Unent.	Punkte	Tore
Sonderklasse Gruppe 1:						
Arb.-Sp.-B. Karlsruhe	4	4	—	—	8	15:1
Durlach	3	2	—	—	1	5:13:1
Fr. T. Karlsruhe	4	2	1	1	5	9:5
Durmersheim	3	2	1	—	4	6:3
Hagsfeld	3	2	1	—	4	5:6
Tue	3	1	2	—	2	4:4
Achern	3	0	2	1	1	3:4
Rüppurr	3	0	2	1	1	1:10
Union Karlsruhe	4	0	4	—	0	1:19
Sonderklasse Gruppe 2:						
Stein	3	3	—	—	6	5:1
Wülferdingen	3	2	—	1	5	11:2
Kleinfeldbach	3	2	1	—	4	6:4
Fr. T. Forzheim	3	1	1	1	3	7:6
Ver. Vutenberg	3	1	2	—	2	6:14
Singen	3	1	2	—	2	5:8
Grödingen	3	—	1	2	2	6:8
Brötzingen	3	—	3	—	0	2:8
Klasse A Gruppe 3						
Weierheim	4	4	—	—	8	27:0
Eggenstein	4	3	—	1	7	14:3
Blankenloch	3	2	—	1	5	17:1
Mörch	3	2	—	1	5	10:6
Bulach	4	1	—	3	5	7:5
Bruchsal	3	1	2	—	2	8:6
Niedelsheim	3	—	3	—	0	0:7
Knitlingen	4	—	4	—	0	1:21
Unterwisheim	4	—	4	—	0	3:38
Klasse B Gruppe 4:						
Grünwettersbach	3	3	—	—	6	5:2
Langensteinbach	3	2	—	—	4	10:1
Spielberg	2	1	1	1	3	9:4
Wolfsartweier	3	—	1	2	2	2:3
Hohenwettersbach	2	1	1	—	2	8:4
Tu a. Rh.	3	—	2	1	1	3:10
Reichenbach	2	—	2	—	0	0:13

Am 29. Oktober, morgens 1/2 11 Uhr, Spielkonferenz in Durlach im „Lamm“.

des arbeitenden deutschen Volkes, gibt uns eine gerechte, eine weitsehende, eine der Bedeutung angemessene Entscheidung in der obersten Lebensfrage!

Zur Regierungsbildung

Erweiterung der Koalition nach links gescheitert?
B.D. Berlin, 9. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht ein Schreiben des Vorstandes der S.P.D. an das Zentralkomitee der U.S.P.D., in dem die U.S.P.D. erneut gefragt wird, ob sie vorbehaltlich der Zustimmung des Regierungspartners in das Kabinett Wirth eintreten wolle. Das Zentralkomitee der U.S.P.D. hat daraufhin ein Antwortschreiben an die S.P.D. geschickt, in dem es heißt: Nachdem festgestellt ist, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionspartnern zwei eine Erweiterung nach rechts und nicht nach links wünschen, hat diese wiederholte Frage keinerlei praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktionen einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Die neuen Eisenbahntarife

Die der „Verl. Lokalanzeiger“ erzählt, werden die am 1. Dezember 1921 in Kraft tretenden Eisenbahntarife nach folgenden Einheitsätzen gebildet werden: Es kommt der Kilo- meter in der 4. Klasse auf 17 Pfg., in der 3. Klasse auf 26, in der 2. Klasse auf 43 und in der 1. Klasse auf 77 Pfg. Die Erhöhung beträgt gegen die bisherigen Fahrpreise 30 Proz.

Eine Abfuhr Wilsons

II. London, 8. Okt. Die „Times“ meldet aus Neuhost, der frühere Präsident Wilson hielt eine Rede, in der er jedes Abweichen vom Versailler Vertrag als Verrat gegen die Mil- lierten bezeichnete. Wilson forderte den Boykott der deutschen Waren, stieß aber auf lebhafteste Opposition der Anwesenden und mußte vorzeitig die Tribüne verlassen.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Überlicht und Lokale Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Zeilen 1.20 die Zeile, bei 2 u. 3 u. 4 Zeilen 1.50 die Zeile. **Bereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen 1.20 die Zeile, bei 2 u. 3 u. 4 Zeilen 1.50 die Zeile. **Bereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen 1.20 die Zeile, bei 2 u. 3 u. 4 Zeilen 1.50 die Zeile.

Karlsruhe. (Naturfreunde). Erscheint heute zu einer dringenden Arbeit in Luisenstraße 24. — Dienstag: Photographie Lokal. Mitglieder, die Interesse für Aufnahmestellen im Haus Moosbrunn haben, mögen sich am Freitag in die Listen einschreiben.

Das Geheimnis
alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blüthen, Hautrötchen, Pickel, Pusteln usw. zu vertreiben, besteht in täglichem Waschen mit der echten **Stechenpferd-Teerschwefel-Seife**.
von Bestmann & Co., Radebeul. **Überall erhältlich.**

